A22 Reaktionen auf den Angriffskrieg in Afrin

Antragsteller*in:	Benita von Brackel-Schmidt (KV Flensburg), Dany Greulich (KV Nordfriesland), Elisabeth Horstkötter (KV Kiel), Luca Brunch (KV Kiel), Christoph Krieger (KV Kiel)
Tagesordnungspunkt:	3 Anträge

Klare Reaktionen auf den Angriffskrieg in Afrin zeigen!

In Deutschland und Schleswig-Holstein leben mehrere Millionen Kurden und Türken. Deshalb betrifft auch uns der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der Türkei auf den kurdisch verwalteten und mehrheitlich kurdisch bewohnten Bezirk Afrin in Syrien, der zum Teil mit Panzern aus deutscher Lieferung durchgeführt wird. Wir erklären unsere Solidarität mit der Bevölkerung in und um Afrin und fordern die Bundesregierung zum Handeln auf!
Es ist nicht hinnehmbar, dass der NATO-Partner Türkei, unter der Regierung Recep Tayyip Erdoğan gemeinsam mit islamistischen Milizen einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf syrischem Gebiet führt. Die Bombardements von Zivilisten und sogar Krankenhäusern sowie die Zerstörung kurdischer Kulturgüter machen fassungslos.
Wir können es nicht billigen, dass diejenigen, die den IS am wirkungsvollsten bekämpft haben, nun von der Türkei angegriffen werden.

Die Anzahl der Flüchtlinge und ihre Fluchtrouten sind noch nicht ganz klar, es wird sich vermutlich um Hunderttausende handeln. Es kann nicht sein, dass die Bundesregierung anscheinend als einzige Reaktion auf diesen Angriffskrieg die Fahne der kurdischen YPG und PYD verbieten lässt und somit Partei für den Aggressor ergreift. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Situation lehnen wir dieses Verbot genauso ab, wie weitere Rüstungsexporte in die Türkei und jegliche Kooperation in der Unterstützung oder direkten Beteiligung an Anlagen, die zur Herstellung von Rüstungsgütern oder Teilen davon dienen. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, den türkischen Angriff auf Afrin endlich als völkerrechtswidrigen Angriffskrieg einzuordnen, wie es der Realität entspricht.
Jegliche ideologische Verherrlichung dieses Krieges, insbesondere religiöser Natur, verurteilen wir scharf, und erwarten von Institutionen in denen dies vorkommt, mit aller Härte dagegen vorzugehen.